

Konrad-Adenauer-Stiftung – Politik und Beratung

Welt-HABITAT-Tag 2006

- Stellungnahmen -

Mehr Informationen unter www.politik-fuer-kommunen.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Arbeitsgruppe Innenpolitik
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Tel.: 02241-246-2440
Fax: 02241-246-52440
E-Mail: kommunalpolitik@kas.de
www.politik-fuer-kommunen.de

Layout: Arthur Wallach

© 2006, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin
Alle Rechte vorbehalten

"Polis" und lokale Demokratie im "Urban Millenium": Stichworte einer Fortsetzung des UNO-Dialogs über Dezentralisierung und die Rolle der Kommunen

Dr. Heinrich Hoffschulte

Vizepräsident der deutschen Sektion des RGRE

Mitglied im UNO-Beirat der Kommunen / UNACLA

Mitglied des AGRED

Wenn Mitte Juni 2006 im kanadischen **Vancouver** 11.418 lokaler Vertreter aus rd. einhundert Nationen – buchstäblich aus aller Herren Länder – auf Einladung der Vereinten Nationen zum dritten World Urban Forum zusammen kamen, dann belegt dies anschaulich, wie sehr inzwischen der Dialog der Kommunen und ihrer internationalen Verbände mit der UNO in Gang gekommen ist. Das ist seit dem Start in Nairobi 2002 (World Urban Forum / WUF I) über das WUF II (2004 in Barcelona mit rd. 4.400 Eingeschriebenen) eine erstaunliche Steigerungsrate auf Seiten der Teilnehmer. Mehr als die Hälfte von ihnen waren – auch das gehört inzwischen zur Entwicklung - nicht kommunale Mandatsträger oder Mitarbeiter sind, sondern aus den unterschiedlichsten Gruppierungen der kommunalrelevanten Wirtschaftszweige und vor allem der Zivilgesellschaft mit ihren Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO/NGO). Die Stadt Vancouver musste die UN-Administration dabei in Zusammenarbeit mit der westkanadischen Provinz British Columbia und der kanadischen Regierung nach Kräften unterstützen. Allein 1.847 Helfer und Freiwillige engagierten sich.

In mehr als 160 Sitzungen und Netzwerkveranstaltungen behandelten die Teilnehmer die unterschiedlichsten Themen des Kommunalforums. Das ist Erfahrungsaustausch, best-practice-exchange, Kontaktpflege und eine Verdichtung von Netzwerken und Kontakten, wie sie vor Jahren kaum möglich erschienen – und das im Zeitalter elektronischer Kommunikationswege. Sie scheinen den unmittelbaren persönlichen Kontakt keineswegs zu ersetzen sondern entsprechenden Bedarf eher stark zu fördern. Aber natürlich stehen zahlreiche Berichte und Ergebnisse oder auch Informationen und Adressen inzwischen im Internet (www.unhabitat.org/wuf), auch wenn dies einstweilen nur einen kleinen Teil des Spektrums der Diskussionen erfassen kann.

Das WUF III eröffnete, wie es in einem Bericht der Habitat-Abteilung heißt, den Weg zu einer neuen Form, die urbane Entwicklung international zu fördern und zu begleiten in einer Welt, die beschleunigt „verstädtere“. Vor 30 Jahren habe man in Vancouver bei der 1976 erstmalig durchgeführten Konferenz „Habitat I“ eher die Sorgen der Gemeinden aller Welt zu erfassen und verdeutlichen gesucht. Zwanzig Jahre später gelang in Istanbul mit der Konferenz „Habitat II“ im Juni 1996 erstmalig eine breite Anerkennung der Kommunen als wichtigste Partner bei der Umsetzung der großen Ziele der UNO: Die Vereinten Nationen sprechen seit 1996 von den **Gemeinden als „government level“**, also von einer durch Wahlen demokratisch legitimierten Ebene der (Selbst-) Verwaltung.

Im Weltgemeindeforum III wurde versucht ein Versprechen der damaligen Konferenzen umzusetzen und „von Ideen zur Tat“ zu schreiten. „Inklusion“ war das Stichwort: Mit einer ausgeglichenen Beteiligung des öffentlichen Sektors, also vor allem der Kommunen und ihrer Vertreter selbst, des privaten Sektors und der sogenannten Zivilgesellschaft mit ihren unzähligen Verbänden und Organisationen wurde der Dialog gesucht, wie denn am geeignetsten den Anliegen der Bürger gerecht zu werden ist. Die massiv gestiegerte Teilnahme des privaten Sektors in Vancouver 2006 ist dafür symbolhaft. Die Suche nach neuen Ideen und ganz praktischen Lösungsmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich – eine eher seltene Sache für einen Kongress der Vereinten Nationen, wie der eigene Bericht der UNO-Habitat-Abteilung nüchtern bilanziert – dominierte in den sechs großen „Dialogen“, den 13 „Runden Tischen“ und den über 160 Netzwerkveranstaltungen. Minister, Bürgermeister, Städteplaner, Ingenieure, Universitätsvertreter, Organisationen und Kommunalverbände, Verbände von NROs und der private Sektor trugen ihre Erfahrungen zusammen, vertraten ihre Standpunkte und Planungsabsichten zu dem, was die Lebensqualität in den häufig beängstigend schnell wachsenden Städten der Welt verbessern könnte. Allein auch diese „inklusive“ Art der Debatten schien für viele Nationen und Kommunen neu und wurde mit Interesse aufgenommen.

Es erscheint vielversprechend, so heißt es im Bericht der Habitat-Abteilung weiter, dass eine so große Zahl von Teilnehmern aus allen Schichten der Gesellschaft aus über einhundert Nationen, sich zunehmend auf gemeinsame oder parallele Schritte für die Zukunft verständigten:

- Man war sich einig, dass alle Akteure der urbanen Welt – Bürger, die Regierenden der Städte und Gemeinden, der Staats- und Regionalregierungen, der Nationen ebenso wie der private Sektor und die Organisationen der Zivilgesellschaft – ihre Anstrengungen zur Lösung der Probleme und der Herausforderungen verdoppeln müssen. Alle stimmten darin überein, dass jeder seinen Teil dazu beitragen muss und nicht nur die Verantwortung bei anderen suchen darf.
- Man verständigte sich auch darauf, dass die kommunalen Regierenden, wenn die Städte und Gemeinden ihre Ziele im Bereich einer dauerhaften und beständigen Entwicklung erreichen wollen, ihrerseits die Herausforderungen annehmen und neue, innovative Wege suchen müssen. Die Stadt Vancouver wurde da oft als gutes Beispiel gesehen. Sie stehe an der Spitze der Entwicklung im Bereich der Umweltqualität, insbesondere bei Luft und Wasser, beim öffentlichen Transport und bei Stadtplanung und Städtebau.
- Man war sich auch einig, dass entsprechende Verpflichtungen eingegangen und im o.g. Sinne inklusive Beziehungen aufgebaut und Partnerschaften gesucht werden müssen, wenn es darum geht, die anstehenden Probleme zu begreifen und praktische Lösungen auszuarbeiten. Teilnehmer aus vielen Teilen der Welt präsentierten da ihre oft sehr unterschiedlichen Leitprinzipien, Lösungsmodelle und Strategien.
- Und man verständigte sich auch auf die Bedeutung von Transparenz und Übernahme von Verantwortung: Die Bürger sollen die Herausforderungen ebenso wie die Mittel und Wege durchschauen können, die ihre Regierenden zur Lösung ergreifen. Da Transparenz mit der Übernahme entsprechender Verantwortung Hand in Hand geht, können dann auch die effektiveren Maßnahmen ergriffen und weniger geeignete Maßnahmen schneller ausgeschlossen werden.

Zugegeben: Das alles klingt in solcher Zusammenfassung recht abstrakt. Aber die Herausforderungen wurden klarer denn je :

- Im Zeitalter der Verstädterung, wenn man so einmal den von der UNO vor wenigen Jahren dekretierte Schlagwort vom „Urban Millennium“ übersetzen will, wird erwartet, dass sich im Laufe der kommenden dreißig Jahre die Bevölkerung der Städte in den Entwicklungsländern verdoppeln wird. Übersetzt heißt diese Herausforderung: In jeder Woche dieser vor uns liegenden Jahre müsste die Planung, Finanzierung und Schaffung von Dienstleistungen für eine weitere Millionenstadt entstehen. Statt an einer solchen Aufgabenperspektive zu verzweifeln, neigte man in Vancouver dazu, das entsprechende notwendige Engagement bzw. die Investitionen dafür als „einen mächtigen Anstoß zur sozio-ökonomischen Entwicklung (zu) betrachten.“

- Die Armutsbekämpfung als eines der „Jahrtausendziele“ der UNO (Millennium Goals) stand im Mittelpunkt vieler Debatten. Auffallend war, wie viele Teilnehmer sich dabei weniger auf die wohlfeilen Appelle an „die da oben“ oder an die „reichen“ Nationen verlassen mochten. Im Vordergrund stand stattdessen der Griff an den eigenen Riemen: Dieser Wille, sich in allen städtischen / kommunalen Bereichen und mit allen Akteuren vor Ort auf den Weg urbaner Erneuerung und des Abbaus von Armut zu machen ging einher mit der Bereitschaft, über die simple Beteiligung der Betroffenen hinaus zu gehen und Konzepte wie Einbindung (inclusiveness), Stärkung der Eigenverantwortung und gemeinschaftliches Engagement mit den Bürgern selbst umzusetzen.
- Auch bei der Finanzierung bedarf es nachhaltigerer Konzepte, als immer nur auf Hilfe von außen oder gar auf die internationalen Kapitalmärkte zu warten. Man will künftig auch mehr als bisher die Vorteile „lokalen Finanzmärkte“ nutzen, was in den meisten Ländern eben auch die stärkere Bindung nationaler Finanzmärkte an die lokalen Ziele bedeuten wird. Aber die internationalen Geberorganisationen müssen – so die Teilnehmer des Forums – hierbei eine Katalysatorrolle spielen, wie es schon der Millenniumsgipfel der UN-Mitgliedsregierungen gefordert habe. Dabei konzentrieren sich die Wünsche vor allem auf Investitionen im Wohnungsbau und die urbane Infrastruktur.
- Neue Modelle „dauerhafter“ urbaner Entwicklung würden gebraucht. Von der „Wiederentdeckung der Stadtplanung“ war die Rede, wenn es um die Umsetzung der Millenniumsziele“ ging. Viele Hoffnungen setzte man auf die Stadtplaner.
- Dass in alledem jedes Land seinen eigenen Weg suchen und finden muss, dass viel zu wenige Nationen sich wirklich der Umsetzung der Millenniumsziele ernsthaft gewidmet haben, und dass nicht etwa nur in einem „Nord-Süd-Dialog“ Wege, Erfahrungsaustausch und Partnerschaften notwendig seien, sondern alle Stakeholder auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene sich einbringen müssen, wurde immer wieder betont. Denn sie alle – in den entwickelten wie in den in Entwicklung stehenden Nationen – seien, jeweils auf sich gestellt, überfordert. Der best-practice- und Erfahrungsaustausch sei unter denen, die vor gleich gelagerten Problemen stünden, mindestens ebenso wertvoll wie zwischen „Reichen“ und „Armen“. Vom Süd-Süd-Dialog in zutiefst notwendiger Ergänzung der Nord-Süd-Partnerschaften war immer wieder die Rede.

Die Vereinten Nationen haben sich in den letzten Jahren bei allen Diskussionen über die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung verstärkt der **Rolle der Städte und Gemeinden** zugewendet. Anknüpfungspunkt in der UNO war vor

allem die wachsende Verstädterung, eine Entwicklung nicht nur der Schwellenländer und der Entwicklungsländer. Die Entwicklung der neuen Partnerschaft zwischen der UNO einerseits und der internationalen Familie der Kommunen ist an einer kurzen Auflistung der markantesten Ereignisse der letzten dreißig Jahre, vor allem aber seit Habitat II 1996 in Istanbul leicht ablesbar:

- Ursprünglich verhandelten die Gremien der UNO eher „über die Köpfe“ der Kommunen hinweg. Als gleichberechtigte Gesprächspartner waren sie nicht akzeptiert. Und die Umsetzung hehrer Ziele war scheinbar nur Sache der Zentralregierungen der Mitgliedstaaten. Wieweit sie jeweils „ihre“ Kommunen beteiligten oder mit eben dieser Umsetzung befassten, schien allein Sache der sogenannten „inneren Angelegenheiten“, in die sich gefälligst niemand einzumischen hatte. Und die kommunale Seite ihrerseits war- nicht nur im Schatten der Ost- West – Konflikte und des Kalten Krieges nicht zu der Gemeinsamkeit gelangt, wie sie für eine energische Vertretung lokaler und kommunaler Interessen im internationalen Dialog erforderlich gewesen wäre. **Vancouver 1976** blieb ein Signal, nicht mehr aber auch nicht weniger.
- Internationale Verträge zur Sicherung und zur Stärkung lokaler Selbstverwaltung und lokaler Partizipation oder gar lokaler Demokratie schienen außerhalb der europäischen Entwicklung unerreichbar. Auch im **Europarat** hatte es immerhin 32 Jahre gebraucht von dem Appell von Versailles 1953 bis zur Zeichnung in Madrid im Jahre **1985** , um eine **Charta der Lokalen Autonomie** bzw. Selbstverwaltung durchzusetzen. Nachdem nun auch Frankreich (nach rund zwanzigjährigem Zögern zwischen der Unterschrift unter die Charta (1986) und einer tief greifenden Verfassungsänderung in 2003 drei Jahre später die Charta ratifiziert hat, ist sie bindendes Recht in 42 von den inzwischen 46 Nationen des Europarats und **acquis communautaire der Europäischen Union**, deren Mitglieder nun alle ratifiziert haben.

Erst die Habitat-Gipfel (Habitat II – Konferenz) von **Istanbul 1996** brachte den „Durchbruch“ der internationalen kommunalen Verbände und ihrer Anliegen. Zwar mussten damals mussten die Bürgermeister und die internationalen kommunalen Verbände wie vor allem der RGRE noch darum kämpfen, in der UNO überhaupt „protokollarisch“ mitreden zu dürfen. In der „Erklärung von Istanbul“ bekannten sich die Regierungen zu einem „...recognising local authorities as our closest partners....“). Vor allem die „**Habitat-Agenda**“ anerkennt die Rolle der Kommunen, auch wenn – zur Beruhigung mancher zögernder Regierung - immer wieder hervorgehoben wurde, dass sich das auf die Erreichung der Ziele der Habitat-Arbeit beschränke. Die UNO spricht seither von „**government on**

all levels, including local authorities“ - ein Durchbruch im internationalen „standing“ der demokratisch legitimierten Städte und Gemeinden.

- Doch schon diese Habitat-Agenda von 1996 ging mit einem ganzen Abschnitt über diese Beschränkung weit hinaus, wenn sie sich zu den Zielen der „**Dezentralisierung (der Nationalstaaten) und der Stärkung lokaler Gebietskörperschaften und ihrer Verbände** und Netzwerke“ bekannte (so der Titel eines eigenen Abschnitts mit seinem 17 Inzelziele beschreibenden Artikel 180 a bis p).
- Auf das Drängen der vielfältigen internationalen Kommunalorganisationen bzw. –Verbände reagierte die UNO u.a. auch mit der Frage nach einem möglichst geschlossenen Auftreten der **Weltfamilie der Kommunen**. So organisierten sich diese zunächst als ein lose Koordinierungsgruppe (**WACLAC**) der unterschiedlichen Verbände, von der International Union of Local Authorites (IULA) über die lange eher kommunistisch-sozialistisch beherrschte UTO (United Towns Organisation) bis hin zu regionalen Verbänden wie dem der arabischen Städte und Gemeinden. Die Federführung aber ging mehr und mehr an die IULA. Schließlich gelang es, bei einem Weltkongress von IULA, UTO und Metropolis (der Interessengemeinschaft der Großstädte) im **Mai 2004** einen neuen Weltverband zu gründen, der im Englischen und Französischen (noch mit Rücksicht auf die Großen einerseits und die vielen anderen Kommunen andererseits) den etwas doppelnden Namen **United Cities and Local Governments (UCLG)** annahm, so als wären cities keine Kommunen. Im Deutschen, wo es die historischen Grüne einer solchen Dopplung nicht gab, sprechen wir seither von der **Welt-Union der Kommunen (WUK)**. Sie stellt inzwischen angesichts ihrer großen Mitgliederzahl in allen Kontinenten die Mehrheit im UN-Beirat UNACLA.
- Ein weiterer Erfolg der Kommunen in der UNO war die Schaffung des **Beirates der Kommunen** (United Nations Advisory Committee of Local Authorities, UNACLA). Entscheidende Hilfe dazu kam vom früheren Bundesministers für Städtebau und Umweltschatz, **Dr. Klaus Töpfer**, den wir 1996 bei einem IULA-Kongress in Barcelona in seiner Eigenschaft als Executive Director der UNO und Leiter ihrer Abteilungen für Städtebau, Planung und Regionalentwicklung (Habitat-Abteilung in Nairobi) und für Umweltschutz (ebenfalls Nairobi), für eine solcherart institutionalisierte Mitwirkung der Kommunen hatten gewinnen können. Der Beirat wurde zunächst nur im Rahmen der Habitat-Strukturen der UNO tätig. Seit dem 5. Juni 2001 aber soll dieser UNO-Beirat – so eine klare Absichtserklärung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, **Kofi Annan**, bei allen kommunalrelevanten Erörterungen der UNO beteiligt werden soll.(vgl. „EUROPA kommunal“, Heft 5/2001, S. 194/195).
- Gleichzeitig erklärte die UNO das eben angebrochene neue Jahrtausend zum „**Urban Millennium**“. Die UNO anerkennt damit, dass nahezu alle

großen Ziele, die sie sich gesetzt hat, nur Realität und Alltag werden können, wenn die Kommunen sich einbringen: In den Kommunen vor Ort wird für die Bürger aller Nationen das realisiert, was man sich feierlich in New York, Genf oder Nairobi oder wo auch immer im Namen der Vereinten Nationen an kühnen Zielen setzen mag. Die lokale Antwort auf die Globalisierung ist denn auch die „**Globalisierung lokaler Teilhabe und Demokratie**“ in einer immer wieder zu stärkenden kommunaler Selbstverwaltung. Das ist die viel bemühte good governance der Regierenden!

- Ein weiterer Meilenstein wurde 1998 die Einsetzung einer Kommission, die erste Entwürfe für eine „**Weltcharta der Lokalen Selbstverwaltung**“ erarbeitete und in allen Kontinenten in regionalen Konferenzen zur Debatte stellte. Zwar scheiterte die Aufnahme dieses Entwurfs in die Agenda der UNO-Vollversammlung **zunächst 2001** am massiven Widerstand einzelner Länder, vor allem der USA, die sich damals gegen jede Art von **bindenden internationalen Verträgen** oder Konventionen strikt verwahren. Die Stichworte Kyoto (Umweltschutznormen und -verpflichtungen) oder Internationaler Gerichtshof sind ebenso Beispiele wie das Aussetzen von Verpflichtungen der Welthandels - Abkommen (WTO).
- Doch gelang es 2001, in der Runde der 192 nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten der UN durchzusetzen, dass der in Istanbul vereinbarte Dialog unabhängig vom Ziel einer verbindlichen Konvention fortgesetzt wird (so ein Beschluss des UN-GC vom 16. Febr.2001, Resolution 18/11). Da war es nur konsequent, dass die UNO zu einem Ersten „**Weltforum der Städte**“ (World Urban Forum in Nairobi / Anfang **Mai 2002**) einlud, um mit den Regierungen und Kommunalvertretern der Mitgliedsnationen neue Gespräche über **Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen** zu führen. In vier großen Dialogkreisen wurden Themen der „Städte ohne Slums“, der „Globalen Kampagne für gute Stadtverwaltung und gesichertes Wohnen“ und ein „Monitoring Städtischer Gegebenheiten“ (Monitoring Urban Conditions) diskutiert.
- Entsprechend einer Aufforderung durch den UN-GC (Resolution 19/12 v. 9. Mai 2003) und in enger Abstimmung mit der UN-Administration erarbeitete eine internationale Expertengruppe (**AGRED** = Advisory Group of Experts on Decentralisation) zwei wichtige Grundlagenpapiere: Zum einen wurden die Ideen des Weltcharta-Entwurfs integriert in ein wesentlich weiter gefasstes „**Framework of Guidelines for Decentralisation and the Strengthening of Local Authorities**“ (eine Art Rahmenrichtlinie zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen). Ihr Vorteil ist, dass sie „nur“ in eine Resolution oder gemeinsame Erklärung einmünden soll – und deshalb wie ein Menü von praktischen Vorschlägen mangels Verbindlichkeit sehr viel detaillierter konkrete Vorschläge und Anregungen geben kann. Das ist letztlich nichts anderes als die Fortsetzung der Ziele, die zunächst in Form des Entwurfs einer **Weltcharta** gebracht worden waren.

- Daneben wurde begonnen, ein künftig ständig zu aktualisierendes und fortzuschreibendes **Kompendium of best practice** als Grundlage eines wachsenden Netzwerkes zu erarbeiten. Eine erste Fassung mit Beiträgen über die Entwicklung in gut dreißig Nationen liegt seit 2004 vor.
- Eine noch etwas offene Frage ist, wie und in welcher Form künftig eine Art internationales „**monitoring**“ zu den Zielen einer Charta oder – zunächst einmal – zumindest zu dem Rahmenwerk von Richtlinien und Leitsätzen im Interesse der Stärkung lokaler Selbstverwaltung und Demokratie gelingen kann. Eine Idee dazu ist **GOLD (Global Observatory of Local Government**, vgl. Resolution 20/18 des UN-GC von 2005), sei es in Anlehnung an die Strukturen der Vereinten Nationen oder – im Interesse einer größeren Freiheit vom Einfluss der manchmal doch sehr von der Diplomatie bestimmten Zurückhaltung der UNO – in Federführung der WUK / UCLG.

Noch nie haben die Städte und Gemeinden so sehr im Blickpunkt der Vereinten Nationen gestanden - ein Verdienst gerade auch der unermüdlichen Bemühungen der Kommunalpolitiker in den internationalen Verbänden. Der RGRE hat als Europäische Sektion des größten Weltverbandes, der Welt-Union der Kommunen (WUK / UCLG) hier Pionierarbeit geleistet.

Die nächste Herausforderung steht für das Frühjahr 2007 an, wenn in Nairobi der Governing Council, die Vertretung der Regierungen der UNO-Mitglieder gegenüber der Habitat-Struktur, in seiner 21. Sitzungsperiode abschließend über die Verabschiedung des Richtlinien-Rahmenwerks beschließen soll. In einer **Resolution 20/18 aus der 20. Sitzung im Jahre 2005** hatte er beschlossen, dass die Arbeit an diesem Papier, dessen Entwurf damals schon breit erörtert wurde und großen Anklang gefunden hat, fortgesetzt und den Regierungen bis zum Ende des Jahres 2005 Gelegenheit zu Stellungnahmen und Änderungsvorschlägen gegeben wird. Die Executive Director der Habitat, Frau Anna Tibaijuka solle dann im Jahre 2006 in Abstimmung mit der Expertengruppe und dem Beirat eine endgültige Fassung erarbeiten und im April 2007 dem GC in seiner 21. Sitzung zur Abstimmung vorlegen. Vancouver bot Gelegenheit zu einer ersten Zwischenbilanz: Sie fiel hoffnungsvoll aus. Es gab bislang wenig Kritik, geschweige denn grundsätzliche. Ein **wichtiges Signal kam aus den USA**: Während sie der Weltcharta als verbindlichen Vertrag widersprochen hatten (s.o.), liegt nun eine grundsätzliche Ankündigung aus Washington vor, gegen den Entwurf der guidelines habe man keine Bedenken und werde sie unterstützen.

Und auf seinem europäischen Kongress in Innsbruck hatte der RGRE im Mai 2006 in einem einstimmig verabschiedeten Appell an die europäischen Regierungen (46 im Europarat bzw. derzeit 25 in der EU) die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass alle Regierungen dieses Raumes in der UNO helfen, das durchzusetzen, was sie in der EU und im Europarat zur Grundlage ihrer Politik gemacht haben. Auch der Ausschuss der Regionen (AdR) der EU hat gleichzeitig von Innsbruck einen solchen Appell an die Regierungen der EU-Staaten gerichtet. Ende Juli überbrachte eine Delegation des Europarates eine entsprechende Botschaft an den Generalsekretär der UNO in New York. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) hatte durch seinen neuen (norwegischen) Vorsitzenden. Ende Mai ebenfalls an die Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten der UNO appelliert, die Verabschiedung der Richtlinien zu fördern.

Eine besondere Verantwortung trifft in diesem Zusammenhang im April 2007 in Nairobi die **deutsche Regierung**: Da sie im ersten Halbjahr 2007 den **Vorsitz in der Europäischen Union** führt, hat sie traditionell auch die Sprecherschaft bzw. Aufgabe der Koordination der europäischen Regierungsvertreter im Governing Council der UN-Habitat-Konferenz, wenn der Entwurf der guidelines zur Abstimmung steht.